

Andreas Heinemann-Grüder, Föderalismus als Konfliktregelung. Indien, Russland, Spanien und Nigeria im Vergleich, Opladen (Verlag Barbara Budrich) 2011.

Der Autor greift mit diesem Buch eine Kontroverse in der wissenschaftlichen Literatur auf, die durchaus relevant für friedenswissenschaftliche und sicherheitspolitische Entscheidungen ist. Eine Schule der Experten des Föderalismus argumentiert, dass ethnischer Föderalismus, also die Institutionalisierung von Ethnizität, Anreize für Sezession liefere und auch gegenüber nicht anerkannten ethnischen Gruppen ungerecht sei. Außerdem sei ethnischer Föderalismus demokratiefeindlich; denn einige Ethnien würden gegenüber anderen bevorzugt. Kurzum: Bei Vertretern dieser Schule des Föderalismus besteht eine tiefe Skepsis, ob der Föderalismus zur Konfliktregelung beitragen kann. Demgegenüber wird von Verfechtern des Föderalismus die These vertreten, ethnischer Föderalismus sei konfliktregulierend, da er Stabilität und Integration fördere.

In einem ausführlichen Einleitungskapitel stellt Andreas Heinemann-Grüder nicht nur mit Bezug auf die vielfältige Literatur diese Kontroverse vor, sondern fragt – und dies ist der Kern der Veröffentlichung – ob ethnischer Föderalismus ein Fluch oder ein Segen ist. Um bei der Beantwortung dieser Frage nicht einfach nur plausible Fälle für oder gegen den Konfliktregelungsmechanismus aufzuführen, benennt der Autor zehn Kriterien (Messlaten für Konfliktregelung) und begründet sie ausführlich (S. 29-38): Dazu gehören unter anderem die Politik der Anerkennung von Minoritäten, demokratische und rechtsstaatliche Normen und Verfahren, Barrieren gegen Zentralismus und ethnische Hegemonie, Bereitstellung von Arenen für die Verhandlung widersprechender Interessen, dritte Parteien, die schlichten, vermitteln und beraten können, die Möglichkeit zu Kooperation jenseits der eigenen ethnischen Klientel und Ergebnisoffenheit hinsichtlich potenzieller Konflikte, also Ambiguität für spätere Regelungen. Dieser Kriterienkatalog wird klug und mit Verweis auf die relevante Literatur entfaltet und dann in den vier Fallstudien konsequent als „Messlatte“ angewendet.

Anhand der vier im Titel genannten Länderfälle, versucht der Autor eine empirisch abgesicherte Antwort auf die zentrale Frage zu geben, ob ethnischer Föderalismus konfliktregulierend wirkt oder ob das Gegenteil der Fall ist. Auf den ersten Blick erscheint die Fallauswahl – Indien, Russland, Spanien und Nigeria – ungewöhnlich. Der Autor führt eine Reihe von Gründen für diese Zusammenstellung an (S. 38 und 39): Es sind sämtlich relativ junge Föderationen; in allen vier Fällen geht es um die Integration von mehr als zwei ethnischen Gruppen; maßgebliche Gruppen in den Ländern bestreiten die nationale Identifikation; es gab ethnische Konflikte in der Vergangenheit; in allen Fällen gibt es Zentralisierungstendenzen und, besonders hervorzuheben, die vier Fälle repräsentieren weder ein gänzlich Scheitern (wie in Jugoslawien oder der Sowjetunion), noch ein schwer übertragbares Ideal (wie etwa die Schweiz).

Die vier Fallstudien, die anhand relevanter Literatur und über mehrere Jahre hinweg vor Ort geführter Interviews erarbeitet wurden, liefern interessante und unterschiedliche Befunde, die bereits in den jeweiligen Überschriften der Fallstudien ausgedrückt sind. Mit großer Detailkenntnis werden die Konfliktfelder benannt und ebenso die Institutionen und Verfahren, die für die Konfliktregelung bedeutsam sind:

„Polymorphie des indischen Föderalismus“ heißt die Überschrift des Indienkapitels und Heinemann-Grüder kommt zu dem Fazit: Indiens „Föderalsystem hat sich insgesamt als anpassungsfähig, pragmatisch und innovativ erwiesen, das Vertrauen in die föderalen Institutionen ist hoch.“ (S. 143). Gleichzeitig wurden aber auch zentralistische Elemente des Westminster-Modells übernommen, die sich gelegentlich konfliktverschärfend ausgewirkt haben. Das Beharren auf säkularen Staatsprinzipien hat den in Indien virulenten Sezessionismus zurückgedrängt und gleichzeitig hat das indische Parteiensystem, mit seiner Vielfalt an regional verorteten Parteien die ethno-politische Dynamik bestimmt.

Die Überschrift „Vom Ethnoföderalismus zum ‚Russland der Russen‘“ deutet bereits auf den Wandel in Russland hin. „Der zentralistische Föderalismus in Russland“, so schlussfolgert der Autor, „imi-

tiert sukzessive die Beschaffenheit des sowjetischen Feigenblatt-Föderalismus – eine symbolische Referenz an nicht vollständig assimilierte Gruppen.“ (S. 203) Konflikte sind fast programmiert; denn „Zentralismus, Chauvinismus und Xenophobie bestärken die Regimeentfremdung von Nichtrussen“ (S. 205). Es wird in Russland darauf ankommen, ob die Vielfalt der Ethnien durch die dominante Gruppe der Russen anerkannt wird; davon hängt ab, ob sich die Nichtrussen an Russland binden.

„Spanien: Einheit in Vielfalt“. Spanien ist ein Land, das durch Autonomiebestrebungen in einigen Regionen gekennzeichnet ist; diese Bemühungen waren elementar für den Übergang vom Franco-Regime zur Demokratie. Die Anfang der 1990er Jahre zum Teil befürchtete Balkanisierung Spaniens ist nicht eingetreten; dennoch streben einzelne Regionen (vor allem das Baskenland) weiterhin nach mehr Autonomie. Heinemann-Grüder kommt aufgrund seiner Recherchen zu dem Schluss: „Ob sich Spanien gegen Sezession erfolgreich immunisiert hat, ist nicht vorherzusagen.“ (S. 245) Und: Spanien wird sich „stärker in Richtung eines entflechteten Wettbewerbsföderalismus zu Lasten des ausgleichenden Solidarföderalismus entwickeln.“ (S. 247).

„Nigeria: Ethnischer Föderalismus als Patronage“. Der Zusammenhalt Nigerias als Vielvölkerstaat ist trotz vielfältiger Probleme, vor allem ethnisch und religiös motivierter Gewalt, bislang erfolgreicher als zahlreiche andere postkoloniale Föderationen. „Die Essenz des nigerianischen Föderalismus besteht in der Institutionalisierung von Patron-Klient-Beziehungen als Modus der Elitenauswahl, der Machtbeteiligung und der Umverteilung.“ (S. 280). In diesem Modell sind die Dezentralisierung ethnischer Konflikte und der Zuschnitt der Gliedstaaten das bevorzugte Mittel der Konfliktregelung. Mit ethnischen Quoten und Vorschriften für Bildung wird verhindert, dass einzelne Gruppen Hegemonie erlangen. Gleichzeitig aber bleibt ein großes Demokratie- und Rechtsstaatsdefizit bestehen, das durch die umstrittene Umverteilung der Ölleinnahmen eher verstärkt wird.

Die zusammenfassende und vergleichende Schlussfolgerung des Autors lautet: „Ethnischer Föderalismus ist weder eine schlafende Schönheit noch

ein monströser Frankenstein, er ist kein Allheilmittel... Befürchtungen von Secessio qua Föderalismus sind allzu sehr unter dem Eindruck des Zerfalls der Sowjetunion und Jugoslawiens geäußert worden. Die ethnische Demobilisierung in Russland ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, die Ausdifferenzierung ethno-politischer Präferenzen in Indien, die Autonomisierung Spaniens und die marginale Rolle ethno-linguistischer Konflikte in Nigeria belegen, dass die pauschale Befürchtung, wonach eine ‚Institutionalisierung von Ethnizität‘ zu Nationalismus, Antagonismus oder Desintegration führt, nicht belegbar ist.“ (S. 285).

Die Publikation besticht durch sorgfältige Recherche, kluge Beweisführung und ein abwägendes, keinesfalls pauschalierendes Urteil. Ein lesenswertes Buch, in dem der Autor sich nicht scheut, auch quer zu den vorherrschenden wissenschaftlichen Schulen der Internationalen Beziehungen zu argumentieren.

Herbert Wulf

Susanne Buckley-Zistel/Thomas Kater (Hrsg.), Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit, AFK-Friedensschriften Band 36, Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2011.

Der vorliegende Sammelband vereint verschiedene Perspektiven und Herangehensweisen im Bereich der Forschung über *transitional justice*. Lösungswege bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in Postkonfliktgesellschaften zu finden, das ist nach Ansicht der Herausgeber und Autoren eine wesentliche Aufgabe dieser Forschung. Schon in der Einleitung stellt Susanne Buckley-Zistel fest, dass es an jungen Staaten nicht mangelt, in denen eine Aufarbeitung der gewalttätigen Geschichte notwendig ist. Denn bei mangelnder Befriedung komme es immer wieder zu Auseinandersetzungen und zu einer Spirale der Gewalt. Mitte der 1990er Jahre hat Neil J. Kritz Vergangenheitsaufarbeitung als umfassende Aufgabe, und zwar wie folgt, beschrieben: „In countries undergoing the radical shift from repression to democracy, this que-

stion of transitional justice presents, in a very conspicuous manner, the first test for the establishment of real democracy and the rule of law [...]“ (S. 26). Dabei spielen sowohl strafrechtliche Maßnahmen als auch historische Aufklärungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Ziel des Sammelbandes ist es, die unterschiedlichen Möglichkeiten der Aufarbeitung in verschiedenen Kontexten darzustellen. Hierfür werden Entwicklungen in afrikanischen, südamerikanischen und europäischen Staaten untersucht. Die Kapitel, die auf Vorträgen im Rahmen eines Kolloquiums der *Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung* basieren, wurden grob in die Kategorien „Kriegsribunale“, „Wahrheitskommissionen“, „traditionelle Gerechtigkeit“ und „Erinnerungsarbeit“ aufgeteilt. Ein weiterer Abschnitt mit dem Titel „Aufarbeitung des Vergangenen“ beschäftigt sich vor allem mit den konzeptionellen Grundlagen der *transitional justice*. Im Folgenden sollen drei Beiträge, je einer aus den Abschnitten „Kriegsribunale“, „Wahrheitskommissionen“ und „transitional justice“ genauer betrachtet werden.

Die Historikerin Annette Weinke setzt sich in ihrem Beitrag mit den Nürnberger Prozessen und ihrer Wirkung auseinander. Die Nürnberger Prozesse gelten als wegweisend für die Institutionalisierung internationaler Tribunale wie den ICC. Dabei soll die Frage beantwortet werden, inwieweit die Auseinandersetzungen zwischen alliierter Anklage und deutscher Verteidigung zu einem Umdenken im deutschen Nachkriegsdiskurs geführt haben und sich dadurch individuelle Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit als neue Werte in der Gesellschaft etablieren konnten. Sie zeigt, dass das Bild eines linearen Weges von Nürnberg nach Den Haag nicht ganz korrekt ist: Gerade in den ersten Jahrzehnten wurde die Vorgehensweise der Alliierten als „Siegerjustiz“ diffamiert. Erst mit der Übernahme durch nationale Gerichte und der gleichzeitigen gesellschaftlichen Thematisierung des Problems in den 1960er Jahren entspann sich eine breite Debatte um bzw. Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, die bis heute anhält. Der Einsatz der Deutschen für den ICC kann der Autorin nach als ein Versuch gewertet wer-

den, aufgrund der eigenen Erfahrungen mit Nürnberg eine möglichst neutrale Instanz zur Befriedung künftiger Konflikte einzurichten.

Die Ethnologin Rita Schäfer betrachtet die südafrikanische *Truth and Reconciliation Commission* (TRC) aus der Perspektive der Genderforschung. Sie kritisiert, dass die systematischen Verbrechen des Apartheidsregimes, aber auch die des ANC an Frauen, nicht angemessen behandelt wurden. Erst nach massiver Kritik beugte sich die Kommission und hielt drei Spezialanhörungen für Frauen ab. Doch auch dies blieb problematisch, da sich viele Frauen schwer taten, ihre Vergewaltigungen zu schildern, insbesondere nachdem einige Aussagen von der Presse in voyeuristischer Manier ausgeschlachtet worden waren. Schließlich erschwerte die Tatsache, dass die TRC zwar Geständnisse, aber keine Reue von den Tätern forderte, den Versöhnungsprozess erheblich. Die Frauen wurden dennoch im Sinne einer nationalen Katharsis zum Verzeihen gedrängt. Oft wurden die Männer und Frauen, die sexuelle Verbrechen von Seiten des ANC anprangerten, offen bedroht. Daher zieht Schäfer das Fazit, dass die TRC nur eine oberflächliche Betrachtung des Leidens von Frauen in der Apartheid bietet. Außerdem hat sie nicht wirklich zur Lösung von (Geschlechter-) Konflikten beigetragen. Ganz im Gegenteil, sie „hat in vieler Hinsicht Gender-Stereotypen reproduziert und damit eine Chance vertan, herrschende Geschlechterbilder und Gewaltmuster zu durchbrechen“ (S. 164).

Der Völkerrechtler und Sprachwissenschaftler Gerd Hankel beschäftigt sich seit 2002 mit der juristischen Aufarbeitung des Genozids in Ruanda. Seine Bewertung der traditionellen Gacaca-Justiz, die vom aktuellen Regime wieder eingeführt wurde, fällt vernichtend aus. Nach starker ruandischer und internationaler Kritik an dem internationalen Tribunal in Arusha, wurde auf die öffentlichen Gacaca-Prozesse zurückgegriffen, die durch Schuldbekennnis und Wiedergutmachung den öffentlichen Frieden herstellen sollten. Die Spezifika des ruandischen Genozids machen eine Versöhnung besonders schwer. Die grundlegenden Konflikte wurden nicht überwunden. Durch die lange Prozessdauer erlahmte

das Interesse an den Prozessen: „Immer wieder das erfahrene Leid zu Protokoll geben zu müssen, immer länger auf Entscheidungen des Gerichts [...] warten zu müssen, ließ viele einfach zu Hause bleiben.“ Als die Regierung auch noch tausende von Häftlingen in die Freiheit entließ, wurde „das in den Augen vieler Opfer schnell zum Symbol ihrer Geringschätzung durch die offizielle Politik [...]“ (S. 177). Die Aussicht auf Versöhnung durch die Arbeit der Gacaca-Tribunale wird auch dadurch getrübt, dass sie in den Augen vieler Hutu „Siegerjustiz“ darstellt. Laut Hankel drücken sich der Misserfolg der Tribunale und die fehlende Transition in der unterdrückerischen Haltung der Regierung und der nur unterentwickelten Zivilgesellschaft aus. In diesem Sinne versteht er die Gacaca-Justiz auch nicht als eine Form der *transitional justice*.

Der Sammelband bietet einen sehr guten, informativen Überblick zur Thematik mit Beiträgen unterschiedlicher Güte. Die Probleme, die entstehen, wenn es zu keiner wirklichen Aufarbeitung kommt, werden anhand verschiedener Beispiele anschaulich dargelegt. Das deutsche Forschungsfeld in diesem Bereich ist noch überschaubar und der Band stellt einen wichtigen Beitrag dar, das Spektrum aufzuzeigen. Wichtige Probleme werden angesprochen, interessante Fragen aufgeworfen. Der Sammelband erfüllt zwar sein erklärtes Ziel, lässt aber andere Fragen offen, etwa, wie eine konkrete Ausgestaltung eines umfassenden Ansatzes aussehen könnte, oder ob es Aufgabe des Westens sein muss, einen solchen zu entwickeln. Ebenso fehlt eine theoretische Weiterentwicklung des Konzepts auf Grundlage der Beiträge. Neben der Darstellung unterschiedlicher Herangehensweisen der jeweiligen Fächer fällt vor allem positiv ins Gewicht, dass die Autorinnen und Autoren auch den Grenzen der Aufarbeitung in Europa mehrere Aufsätze gewidmet haben.

Wer sich also mit *transitional justice* befassen will, hat mit diesem Werk einen guten Einstieg gefunden, der weit über eine rein politikwissenschaftliche Betrachtung hinausgeht und zur weiterführenden Beschäftigung mit dem Thema anregt.

Matthias Winkler

Bettina Engels/Corinna Gayer (Hrsg.), Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Feministische Denkanstöße für die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2011.

Aus der Geschlechterperspektive betrachtete Friedens- und Konfliktforschung ist im deutschsprachigen Raum ein vergleichsweise junges Unterfangen. Bettina Engels und Corinna Gayer, die Herausgeberinnen des Sammelbands, vertreten die These, dass die Berücksichtigung des Geschlechts für die Analyse von Krieg und Frieden nicht mehr wegzudenken sei und verzeichnen es als Erfolg, dass Geschlecht zunehmend als Kategorie für Friedens- und Konfliktforschung anerkannt wird. Ziel des Sammelbands ist es, gegenwärtige Themenschwerpunkte und Ansätze feministischer Forschung zu Konflikt, Gewalt und Frieden zu beschreiben und zu definieren.

Die acht Aufsätze des Sammelbandes sind von Friedensforscher/innen verfasst, die sich mit einem breiten Spektrum an aktuellen Themen und Methoden in der feministischen Friedens- und Konfliktforschung befassen. Die Themenschwerpunkte erstrecken sich dabei von Selbstreflexionen zu feministischer Feldforschung in Konfliktgebieten (Ruth Streicher) über feministisches Forschen in der Bundeswehr (Cordula Dittmer) bis hin zu Frauenorganisationen in Post-Konflikt-Kenia (Antje Daniel). Weitere Fallstudien behandeln die Rolle von Kriegsveteranen in der Friedensarbeit (Miriam Schroer-Hippel) und die Geschlechterdimension der Transitional Justice (Susanne Buckley-Zistel und Magdalena Zolkos).

Im Folgenden werden neben der Einleitung exemplarisch zwei Aufsätze des Sammelbandes diskutiert, die mithilfe eines ähnlichen Untersuchungsansatzes – der feministischen Diskursanalyse –, aber entlang unterschiedlicher thematischer Problematik aufzeigen, wie ein vermeintlich geschlechterdemokratischer Diskurs politische Gewalt legitimieren kann. Beide Beiträge stechen dadurch hervor, dass sie ihre Positionen kritisch reflektieren.

In ihrem einleitenden Beitrag zeigen Engels und Gayer die Entwicklung der feministischen Friedens- und Konfliktforschung auf. Es folgt eine kurze

Darstellung der verschiedenen methodischen Vorgehensweisen in der geschlechterbezogenen Friedens- und Konfliktforschung, die die Autorinnen hauptsächlich in der sprachbasierten (diskursanalytischen) und der quantitativen Methode sehen. Engels und Gayer heben hervor, dass sie nur jene Ansätze als feministisch bezeichnen, die die Kritik von gesellschaftlichen und politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen in ihre Analyse mit einbeziehen. Die unterschiedlichen Merkmale der geschlechterbezogenen Friedens- und Konfliktforschung seien dabei, erstens, ihre Nähe zur gesellschaftlichen und politischen Praxis, zweitens sei das Militär zentraler Gegenstand, da hier die Konstruktion von Geschlecht eine wichtige kulturelle Grundlage darstelle. Ein dritter Bezugspunkt der geschlechterbezogenen Debatte zu Konflikt, Sicherheit und Frieden sei die Problematik von sexualisierter Gewalt durch Peacekeeping-Soldaten. Abschließend gehen die Autorinnen auf die jüngste Schwerpunktlegung der feministischen Friedens- und Konfliktforschung ein, die sie u.a. in der Forschung zur Männlichkeit im Zusammenhang mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten, in der Friedensförderung sowie in den poststrukturalistischen und postkolonialen Theorieansätzen verorten.

Im zweiten Beitrag untersuchen Andrea Nachtigall und Torsten Bewernitz mithilfe der feministisch-intersektional ausgerichteten Medienanalyse die Berichterstattung während der Kriege im Kosovo, in Afghanistan und im Irak. Die Autoren rekonstruieren die zugrunde liegenden Stereotype von Weiblichkeit und argumentieren, dass die Konstruktion geschlechtlicher Rollen in den Medien für die Bedeutung von Konflikten zentral sein kann. Die Fallstudie Kosovokrieg dient dabei als Beispiel für eine auf Menschenrechte im Allgemeinen bezogene Berichterstattung, in der Frauen als Opfer von Gewalt nur vereinzelt im Zentrum stehen. Exemplarisch am Afghanistankrieg sind die expliziten Verweise auf die Verletzung von Frauenrechten durch die Taliban, die in der Bedeutung von Geschlecht als legitimierend benutzt werden. Der Irakkrieg wird als Beispiel eines Konflikts angeführt, bei dem „Frauen und Kindern“ sowohl eine legitimierende als auch eine delegitimierende Bedeu-

tung in der Berichterstattung zukommt. Wie die Autoren zu diesen Ergebnissen kommen, ist phasenweise für den Leser nicht nachvollziehbar; insbesondere die konkreten Belege zur Medienberichterstattung für die Thesen von Nachtigall und Bewernitz bleiben oft undeutlich (siehe S. 43). Die Gegenüberstellung der Berichterstattung der Medien bezüglich des Afghanistan- und Irakkriegs ist allerdings gut gelungen, ebenso wie die anschließende Zusammenführung und Interpretation der drei Fallstudien.

Claudia Brunner konzentriert sich in ihrem Beitrag ebenfalls auf „Gender Talk“ und untersucht auf Basis verschiedener theoretischer Perspektiven, z.B. postkolonialer und feministischer, die Problematik integrierter Geschlechterfragen in der wissenschaftlichen Debatte um Selbstmordattentate. In ihrer Untersuchung von Attentäterinnen hebt sie u.a. das oftmals wenig reflektierte Wissen der Medien hervor, das in die Wissenschaft einfließt und nur unzureichend den wissenschaftlichen Standards entspricht. Die konkrete Bedeutung dieser Aussage Brunners bleibt offen, da keine befriedigende Erklärung für dieses Phänomen gegeben wird. Der Aufsatz sticht ansonsten durch seine gute Struktur heraus. Die zentrale Kritik der Autorin konzentriert sich auf die zu wenig berücksichtigte Geschlechterperspektive in der Terrorismusforschung. Hierdurch können weder eine Emanzipation des Verständnisses von Gewalt erfolgen noch eine Weiterentwicklung feministischer Ansätze.

Auch über diese Aufsätze hinaus wird der Sammelband seinen Ansprüchen gerecht, einen Einblick in die Themenschwerpunkte und Ansätze gegenwärtiger feministischer Forschung zu Konflikt, Gewalt und Frieden zu geben. Die vielschichtigen Reflexionen verdeutlichen dem Leser die Relevanz der feministischen Friedens- und Konfliktforschung für die politischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse der vergangenen beiden Jahrzehnte. Der rote Faden ist dabei die kritische Perspektive gegenüber dem wissenschaftlichen Mainstream sowie, in sehr überzeugender Weise, gegenüber der eigenen Arbeit und ihrer möglichen Indienstnahme für „anti-emanzipative politische und wissenschaftliche Projekte“ (S. 22). Die acht Aufsätze bestechen durch ihre Aktualität und geben einen

gut verständlichen Einblick in die Argumente der Autor/innen sowie auf neue Blickwinkel zu aktuellen Thematiken. Positiv ist außerdem zu vermerken, dass alle Autor/innen auch Gegenargumente zu ihren eigenen in ihre Diskussionen aufnehmen. Da sie in ihren methodischen und inhaltlichen Ausführungen allerdings durchweg knapp bleiben und tiefergehende Interpretationen nur andiskutieren, wäre ein abschließendes Kapitel empfehlenswert gewesen, um die gegebenen Gedankenanstöße inhaltlich zu ordnen, die verschiedenen Argumentationswege der Aufsätze aufzuzeigen und Raum für weitergehende Interpretationen zu geben. Der einheitliche wissenschaftliche Hintergrund der Autor/innen (mehrheitlich Friedens- und Konfliktforscher/innen) ist beabsichtigt, um feministische Denkanstöße zu liefern, allerdings geht dies auf Kosten stärkerer Interdisziplinarität.

Insgesamt ist der Sammelband aufgrund seiner guten Lesbarkeit und übersichtlichen Einführung in die feministische Friedens- und Konfliktforschung (Kapitel 1) für interessierte Einsteiger mit wenigen Vorkenntnissen ebenso geeignet wie für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an einer Interpretation aktueller Problematiken aus einem feministischen Blickwinkel interessiert sind.

Sinja Hantscher

Rita Schäfer, Männer als Täter und Opfer in kriegsgerichteten Konflikten. Wien (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation), 2012.

Die Studie von Rita Schäfer, die auf die Arbeit des Wiener Instituts für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) zu Fragen von Gender und Kindern in bewaffneten Konflikten aufbaut, befasst sich mit den Möglichkeiten der Überwindung geschlechtsspezifischer Gewalt (einschließlich sexualisierter Gewalt) in Nachkriegsgesellschaften. Die Studie ermöglicht einen Überblick über die einschlägige Arbeit von VN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) im Gender-Bereich. Sie stellt innovative Projekte und Programme vor, die sich auf lokaler, nationaler und multinationaler Ebene mit der Problematik der Männlichkeitsprägung durch Gewalterfahrung in Post-Konflikt-

und Nachkriegsgesellschaften auseinandersetzen und – als wichtigem Schritt zur Konfliktprävention und Konfliktbewältigung – auf eine Änderung der Verhaltensmuster bei betroffenen Jugendlichen und Männern abzielen.

Die hohe Bereitschaft von Jungen, Jugendlichen und Männern, Gewalt nach Kriegsende im befriedeten sozialen Umfeld weiter einzusetzen, führt, so Rita Schäfer, nicht nur zu negativen Folgewirkungen im sozialen Bereich (besonders hinsichtlich der Mann-Frau-Beziehungen), Menschenrechtsverletzungen und Missachtung demokratischer Prinzipien, sondern ist einer der wichtigsten Gründe für die hohe Zahl von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen in diesen Kontexten. Die hohe Arbeitslosigkeit und eine unsichere Zukunft führen häufig dazu, dass Gewaltausübung und Waffeneinsatz die einzigen Mittel sind, mit deren Hilfe junge Männer ihre Macht und Männlichkeit gegenüber Frauen und Mädchen zeigen können. In den ausgewählten Beispielen der Arbeit von NROs, die die Studie präsentiert, werden diese gewaltsamen Männlichkeitsprägungen in Nachkriegsgesellschaften skizziert und die Problematik der Maskulinitätsprägungen von Kindersoldaten hervorgehoben.

Im Rahmen von Projekten und Programmen, oft in den sogenannten „Peer“-Gruppen, werden die eigene Sexualität und gewaltsame Sexualerfahrungen von den Jugendlichen und Männern reflektiert. Vermittelt werden soll ein neues gewaltfreies Männlichkeitsbild und die Verantwortung der Männer für ihr Sexualverhalten. Die Gewalt richtet sich allerdings nicht nur gegen Frauen und Mädchen, auch Männer werden oft zu Opfern von Gewalt und Übergriffen. Die dadurch hervorgerufenen Traumata werden im Rahmen der Projekte und Veranstaltungen ebenfalls reflektiert und diskutiert. Andere wichtige Themen im Rahmen dieser Projekte und Programme sind z.B. eine verantwortungsvolle Vaterschaft und stärkere Beteiligung der Männer an der Erziehung ihrer Kinder, besonders der Jungen. Die Väter sollen ein Vorbild für ihre Kinder darstellen und dazu beitragen, bei ihren Söhnen ein gewaltfreies Männlichkeitsbild zu entwickeln. Die Änderung der Vorstellungen darüber, was männlich ist, und

eine gezielte Arbeit an der Reflektion der Gewalterfahrungen von Jugendlichen und Männern stellen einen wichtigen Teil der Entwicklungsprogramme und -projekte dar, die schließlich in dauerhafte Verhaltensänderungen und männlichen Gewaltverzicht in den kriegs- und konfliktgezeichneten Gesellschaften münden sollen.

Die Studie von Schäfer umfasst insgesamt zehn Kapitel. Zunächst werden die menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Grundlagen der Vereinten Nationen (VN) und der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) vorgestellt. Dies schließt wichtige internationale Abkommen und Resolutionen zu den Rechten und dem Schutz von Kindern und Frauen, zu Frieden und Sicherheit sowie die Gender-Leitlinien und Leitlinien zu den Menschenrechten, zur Friedenssicherung und Konfliktprävention ein. Im dritten Kapitel werden die Vereinbarungen und Programme der VN für Männer und Gleichberechtigung erörtert und ihre Umsetzung in den VN-Organisationen beschrieben. Die weiteren Kapitel behandeln ausgewählte Nichtregierungsorganisationen und Gender-Programme in Afrika, Lateinamerika, Asien und Südosteuropa. Am Ende der Studie werden erfolgreiche Ansätze verschiedener NGOs und VN-Organisationen für die Überwindung von männlicher Gewaltprägung vorgestellt und Empfehlungen für die Effektivierung der Arbeit der OEZA formuliert.

Die Studie verweist auch auf Hindernisse bei der wirksamen Umsetzung der neuen Ansätze und innovativen Projekte. Zu oft haben die Projekte lediglich Pilotcharakter und sind zeitlich begrenzt. So haben sie oft nur einen kurzfristigen Effekt. Zudem fehlt häufig der Zugang zu betroffenen Männern, da diese die Teilnahme an entsprechenden Programmen oft als Verrat an der eigenen Kultur und Tradition ansehen und den Verzicht auf ein gewaltsames Maskulinitätsbild als eine Bedrohung ihrer Männlichkeit betrachten. Die Studie betont nicht zuletzt, wie wichtig es ist, mit Frauen-, Kinderrechts-, Homosexuellen- und AIDS-Organisationen zusammenzuarbeiten. Die „Empowerment“-Ansätze für Frauen und die Förderung ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit können gleichfalls zu einer effektiveren Umsetzung der Projekte

und Programme beitragen. Sie helfen so, gewaltsame Männlichkeitsprägungen zu überwinden.

Yuliya Sudnik

Martin Arnold, Gütekraft – Hildegard Goss-Mayrs christliche Gewaltfreiheit. Overath (Verlag Bücken & Sulzer), 2011.

Martin Arnold, Gütekraft – Gandhis Satyagraha. Overath (Verlag Bücken & Sulzer), 2011.

Martin Arnold, Gütekraft – Bart de Ligs humanistische Geestelijke Weerbaarheid. Overath (Verlag Bücken & Sulzer), 2011.

Martin Arnold, Gütekraft. Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt. Mit einem Geleitwort von Johan Galtung. Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2011.

Wie kann es gelingen, gewaltbereiten Personen oder Personengruppen wirksam entgegenzutreten, ohne selber Gewalt anzuwenden? Warum können Menschen auf friedlichem Wege erfolgreich gegen Unterdrückung, Ausbeutung oder andere schwere Missstände vorgehen? Gibt es dafür Konzepte, die weltweit funktionieren, unabhängig von Religion und Weltanschauung der Beteiligten? Diese Fragen hat der Essener Friedensforscher Martin Arnold mit Unterstützung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) untersucht. Dazu hat Arnold die Vorgehensweise und Texte von Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. („Mahatma“) Gandhi und Bart de Ligt ausgewertet. Alle drei konnten mit ihrem gewaltlosen Vorgehen bedeutende Erfolge erzielen.

Der indische Rechtsanwalt Gandhi entwickelt ab 1893 eine Form des gewaltlosen Widerstands, die er *Satyagraha* nennt. Zunächst protestiert er damit gegen rassistische Gesetze zur Diskriminierung der indischen Bevölkerungsgruppe in Südafrika. Später mobilisiert der Hindu mit diesem Konzept Millionen seiner Landsleute im von England kolonisierten Indien, was 1947 wesentlich zur Unabhängigkeit des Landes von den Briten beiträgt. Der Holländer Bart de Ligt, von Haus aus Pfarrer, setzt sich

im Ersten Weltkrieg für die Kriegsdienstverweigerung ein. 1916 wendet sich Bart de Ligt jedoch vom Christentum ab, wird Anarchist und Mitbegründer mehrerer antimilitaristischer Vereine, darunter der *War Resisters International*. 1923 führen die zahlreichen Aktivitäten und Schriften des Sozialisten dazu, dass in Holland das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich anerkannt wird. Und die Wiener Katholikin Hildegard Goss-Mayr beschließt aufgrund ihrer Eindrücke im Zweiten Weltkrieg, ihr Leben in den Dienst des Friedens zu stellen. So beginnt sie 1953 im *Internationalen Versöhnungsbund* mitzuarbeiten. Nach vielen Jahren in Lateinamerika, wo sie und ihr Mann Jean Goss gewaltlose Befreiungsbewegungen aufbauen und unterstützen, werden sie 1984 auf die Philippinen gerufen. Das Land leidet unter der Diktatur von Fernando Marcos und steht kurz vor einem Bürgerkrieg. Doch die Oppositionsführer entscheiden sich nach Beratungen mit dem Ehepaar für gewaltlosen Widerstand. Es folgen intensive Schulungen von MultiplikatorInnen und umfangreiche weitere Vorbereitungen. Nach vielen Aktionen, dramatischen Konfrontationen mit Ferdinand Marcos' Panzertruppe und Massendemonstrationen wird 1986 Corazon Aquino neue Präsidentin. Auch in Madagaskar, das unter einem totalitären Regime, großer Armut, Kriminalität und Korruption leidet, gelingt den Menschen mit Unterstützung von Hildegard Goss-Mayr und der Anwendung ihres Konzepts der friedliche Umbruch: Im Juli 2002 verlässt der Diktator Didier Ratsiraka das Land.

Worauf beruhen die Erfolge dieser drei Protagonisten bzw. Protagonistinnen? Zufall? Muss man Hindu, Anarchist oder katholisch sein, um wie sie Missstände friedlich abbauen zu können, oder gibt es signifikante Gemeinsamkeiten bei ihrem Vorgehen? Martin Arnolds Antwort ist: Es gibt ein Wirkungsmodell, das allen dreien gemeinsam ist, obwohl ihre religiös-weltanschaulichen Prägungen weit auseinanderliegen. Und es gibt auch ein Wort dafür: Gütekraft. Der Begriff wird seit Mitte der 1990er Jahre im deutschen Sprachraum verwendet und ist seit der psychologischen Studie von Burkhard Bläsi „Konflikttransformation durch Gütekraft“ (2001) auch in der Friedensforschung bekannt.

Gütekraft geht weit über das hinaus, was sich die meisten Menschen unter zivilem oder gewaltfreiem Widerstand vorstellen: Es geht um mehr als den Verzicht auf Gewalt. Vor allem ist Gütekraft sehr viel erfolgreicher und nachhaltiger als ein Vorgehen mit Waffengewalt, wie etwa eine Studie von Adrian Karatnycky und Peter Ackermann aus dem Jahr 2005 zeigt. Sie untersuchten 67 Fälle, in denen seit 1970 der Übergang von autoritären zu demokratischen Staatsformen gelang. Danach war in 50 dieser Fälle nicht Gewalt, sondern ziviler Widerstand der entscheidende Faktor für den erfolgreichen Wechsel zur Demokratie. Auch Maria Stephan und Erica Chenoweth kamen 2008 in ihrer Untersuchung von 323 Aufständen zu dem Ergebnis, dass gewaltfreie Aufstände doppelt so oft Erfolg hatten wie gewaltsame. Jetzt zeigt Martin Arnold in seiner Studie, was Gütekraft ausmacht und weshalb sie solch eine starke Wirkung entfalten kann. Und er zeigt ihre Grenzen auf.

Grundlegend für die Auswahl der von Arnold untersuchten Konzepte war ihr implizites Menschenbild. Sowohl Gandhi als auch Goss-Mayr und de Ligt gehen davon aus, dass alle Menschen zumindest unbewusst zu Wohlwollen, Gerechtigkeit und Wahrheit neigen und sie grundsätzlich dazu in der Lage sind, Gutes zu tun – selbst wenn sie für schweres Unrecht verantwortlich sind. Folge dieses Menschenbildes ist eine Haltung, die darauf verzichtet, andere anzuklagen und als Gegner anzusehen, sondern in jeder Situation den Dialog sucht, um andere Beteiligte als Unterstützer dafür zu gewinnen, den Missstand abzubauen. Damit diese wohlwollend-gerechte Haltung ihre Kraft auch gegen schwere Missstände entfalten kann, müssen methodische Kenntnisse und Fähigkeiten hinzukommen. Das macht eine umfassende Vorbereitung nötig. Damit z.B. ein gewaltloser Aufstand langfristig Erfolg haben kann, gehören zu dessen Vorbereitung auch der frühzeitige Aufbau alternativer Strukturen.

Insgesamt lässt sich das Vorgehen nach dem Gütekraft-Modell in sechs Schritten darstellen. In einem ersten Schritt müssen Menschen, die dieses Modell anwenden wollen, bereit sein, bei sich selber anzufangen. Das bedeutet, eigene Anteile an dem Missstand oder Unrecht

wahrzunehmen: Wie hat mein Verhalten bisher dieses System gestützt? Was kann ich, was können wir als Gruppe ändern? Wenn Änderungen des eigenen Verhaltens nicht ausreichen das Problem zu beheben, geht es darum, Verbündete zu suchen oder schließlich in massenhaftem Protest die Zusammenarbeit mit einem Unrechtssystem aufzukündigen. Für die verschiedenen Stufen des Gütekraft-Modells bietet Arnold eine Vielzahl faszinierender und oft ergreifender Beispiele. All diese Beispiele zeigen: Es gibt Alternativen zum Einsatz von Waffen oder anderer Gewalt, selbst in extremen Situationen.

Für seine Untersuchungen zum Wirkungsmuster Gütekraft hat sich Arnold bei Methoden aus verschiedenen Disziplinen bedient, etwa der Psychologie, den Geschichtswissenschaften oder der Ethnologie. So ist es ihm gelungen, jedes Konzept vor dem jeweiligen religiösen bzw. weltanschaulichen Hintergrund zu interpretieren und dadurch eine breite Datenbasis zu erhalten. Seine Ergebnisse hat Arnold in insgesamt vier Publikationen veröffentlicht. Die Einzeluntersuchungen zu den Konzepten von de Ligt, Gandhi und Goss-Mayr sind jede für sich schon ausgesprochen lesenswert. Sie enthalten jeweils eine kurze biografische Beschreibung und zahlreiche Beispiele für gütekräftiges Vorgehen. Schließlich wird die Wirkungsweise in Form eines Flussdiagramms rekonstruiert. Dieses fasst im Überblick die Elemente zusammen, die nach Ansicht dieser drei Vordenker jeweils den Erfolg ihrer Aktionen ausmachen. In der im Nomos-Verlag erschienenen Zusammenführung dieser Einzelergebnisse dienen die drei Flussdiagramme als Datenbasis für den Vergleich der verschiedenen Konzepte, aus dem sich ein Idealtypus Gütekraft herauskristallisiert. Der Band, in dem das methodische Vorgehen Arnolds und weitere Forschungsergebnisse ausführlich beschrieben werden, ist aufgrund der wissenschaftlichen Anforderungen streckenweise etwas sperrig. Auch für Ungeduldige ist die Lektüre der Einzelbände oder zumindest eines von ihnen daher hilfreich, ehe man sich diesen Band vornimmt. Doch die Mühe lohnt sich: Wer nach friedlichen Alternativen zur Lösung der vielfältigen Probleme auf unserem

Planeten sucht, wird diese Bücher nicht so schnell wieder aus der Hand legen.

Martin Arnold zeigt: Gütekraft entfaltet ihre Wirkung in vielen Bereichen, von der Erziehung über den Umweltschutz bis hin zu den großen Konflikten der Weltpolitik. Leider existieren, im Gegensatz z.B. zu Großbritannien, bislang an deutschen Universitäten keinerlei Angebote zum Studium gewaltlosen Widerstands. Überfällig wären solche Angebote vor allem in den Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung. Umso mehr ist deshalb die Veröffentlichung dieser Studie zu begrüßen. Der Friedensforscher Johan Galtung bewertet den Band in seinem Geleitwort als „umfassendste Arbeit über Theorie und Politik der Non-Violence in einem einzigen Buch“ und preist es deshalb in höchsten Tönen: „Martin Arnold hat den Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Friedensforschung im Besonderen mit der Meisterleistung der Abfassung dieses Buches einen riesigen Dienst erwiesen!“ Denn nicht nur Friedensforscher und Friedensforscherinnen profitieren von dieser Arbeit mit ihren zahlreichen Forschungsanregungen, sondern alle, die gesellschaftlich und politisch aktiv sein wollen: Mit Gütekraft erreicht man mehr.

Mirjam Mahler

Annina Christina Bürgin, Privatisierung von Sicherheit und Frieden? Eine vergleichende Studie der Einstellungen Deutschlands und der USA gegenüber Kooperationen von Streitkräften mit privaten Militärfirmen, Bern (Verlag Peter Lang), 2011.

Private Militärfirmen (Private Security and Military Companies, PSMC) haben sich im Lauf der vergangenen zwei Dekaden als Partner nationaler und internationaler Militärmissionen etabliert. Sie übernehmen mannigfaltige Arbeiten in Konfliktregionen – von logistischen (Transport-)Aufgaben bis hin zu geheimdienstlicher Assistenz oder Objekt- und Personenschutz – und ersetzen in Zeiten klammer Staatskassen und knapper Militäretats reguläre Einheiten. Spätestens seitdem die Firma „Blackwater“ (zwischenzeitlich „Xe Services“, jetzt „Academi“) als Vertreter der Branche zweifelhafte Berühmtheit erlangte, steht

allerdings nicht mehr der wirtschaftliche oder organisatorische Nutzen der PSMCs im Zentrum des öffentlichen Interesses, sondern vor allem die tatsächlich oder vermeintlich fragwürdigen Geschäftsgebaren der Sicherheitsdienstleister. Besonderen Argwohn erregten die Geschehnisse um „Blackwater“ auf dem Nissur-Platz in Bagdad am 16. September 2007, bei denen Angestellte des Sicherheitsdienstleisters 17 Menschen tödlich und weitere 24 zum Teil schwer verletzten.

Die vorliegende Publikation, die auf der Dissertation der Autorin beruht, antizipiert vor dem Hintergrund der ambivalenten Rolle der PSMCs unterschiedliche Einstellungen zur staatlichen Kontraktierung privater Militärfirmen. Als Fallbeispiele dienen hier die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland. Ausgehend von Vorschlägen der amerikanischen PSMC-Interessenvertretung *International Peace Operations Association* (ISOA), die eine vermehrte Einbindung von Sicherheitsdienstleistern in Friedensmissionen enthalten und die den konstruktiven und effektiven Beitrag der PSMCs bei „Peace Operations“ betonen, wird untersucht, ob und inwieweit Deutschland und die USA diese Ideen aufnehmen und welche Einstellungen gegenüber der Verwendung von privaten Sicherheitsdienstleistern in diesen Zusammenhängen bestehen. Die zentrale Frage der Autorin ist, wie von staatlicher Seite die Befürwortung oder Ablehnung von PSMCs im Rahmen von Peacekeeping Operations, vor dem Hintergrund eingenommener Rollen in der Außenpolitik, begründet wird. Mit dieser Fragestellung trägt das vorliegende Buch zur institutionalistischen Außenpolitikanalyse bei.

Bürgin beantwortet die Forschungsfrage anhand einer Analyse und Auswertung von Sekundärliteratur, aber auch durch von ihr geführte Experteninterviews. Neben der Benennung der jeweiligen rechtlichen Grundlagen in den untersuchten Fällen werden die Positionen Deutschlands und der USA analysiert und innerhalb der zuvor eingeführten Theoriezusammenhänge gedeutet. Deutschland wird dabei eine „Kultur der Zurückhaltung“ (S. 206ff.) und eine große Übereinstimmung mit der Rolle als Zivilmacht attestiert, die eine nega-

tive Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit mit PSMCs bedinge. Die USA hingegen wiesen kaum Übereinstimmungen mit dem Zivilmächtskonzept auf und befürworteten, angesichts der selbstaufgelegten „Leadership“-Rolle, die Unterstützung des dadurch notwendigen großen Militärapparats durch die PSMC. Die (zu) hohen Anforderungen an die eigenen Streitkräfte trügen so zur Kontraktierung der Sicherheitsdienstleister aus praktischen Gründen bei. Aus ihren Untersuchungen ableitend vertritt Bürgin die These, dass die Ablehnung der Kontraktierung von PSMC zur Unterstützung der eigenen Streitkräfte oder aber internationaler Einsätze umso stärker sei, je mehr ein Staat der außenpolitischen Rolle einer Zivilmacht entspricht. Zudem gebe es einen Zusammenhang zwischen Staatsverständnis und Einstellung zu PSMC: Bei einer hohen Akzeptanz staatlicher Intervention sinkt die Bereitschaft zur Kooperation mit privaten Sicherheitsdienstleistern und damit auch deren Nutzung in nationalen und internationalen Zusammenhängen.

Leider kann das vorliegende Buch nicht die Aktualität liefern, die bei einem so volatilen Thema wünschenswert wäre, da es sich bei dem Text um eine Dissertation aus dem Jahr 2009 mit dem entsprechenden Literaturstand handelt. Gleichwohl ist „Privatisierung von Sicherheit und Frieden?“ eine Studie, die man mit Gewinn lesen kann, da sie Aufschluss über die Einstellungen Deutschlands und der USA zum Thema Kooperation mit privaten Militärfirmen gibt. Die reichhaltige theoretische Verankerung der Arbeit und die Unmittelbarkeit der Information – insbesondere aus den von der Autorin geführten Interviews – sowie die fundierten Einschätzungen, stichhaltigen Thesen und konsequenten Schlussfolgerungen machen das Buch lesenswert.

Frederik Kathmann

Markus Kink, Die Sprache des Krieges. Zur diskursiven Ermöglichung präventiver Kriegsführung, Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2011.

Die wissenschaftliche Untersuchung von Kriegsursachen ist ein wesentlicher Teil der Friedens- und Konfliktforschung und kann auf eine lange und umfassende

Tradition zurückblicken. Markus Kinks Dissertation ordnet sich in diese Tradition ein, indem sie die Ursachen von Präventivkriegen aus konstruktivistischer Perspektive in den Blick nimmt.

Der Autor stellt mit Verweis auf den gegenwärtigen Forschungsstand zum Präventivkrieg fest, dass das in diesem Bereich traditionell vorherrschende Paradigma des Realismus bei der Suche nach seinen Ursachen einen Punkt der Stagnation erreicht habe. Es seien mittlerweile zu viele unterschiedliche singuläre Hypothesen und potenziell erklärende Faktoren im Umlauf, sodass es nicht mehr möglich sei, diese im Sinne stringenter Theoriebildung zu systematisieren. Die diagnostizierte Stagnation nimmt der Autor zum Anlass, der prominenten „realistischen“ Forschung eine Alternative entgegenzusetzen – eine diskursbasierte konstruktivistisch-poststrukturalistische Analyse von Präventivkriegsursachen.

Im einleitenden Kapitel der Arbeit wird zunächst der Stand der Forschung zum Präventivkrieg aufbereitet und reflektiert. Die beiden sich daran anschließenden Kapitel stellen den ambitionierten Versuch des Autors dar, die theoretischen Grundlagen für eine verallgemeinerbare poststrukturalistische Analyse von Präventivkriegen darzulegen. Den empirischen Kern der Arbeit stellen schließlich die in Kapitel vier und fünf durchgeführten Diskursanalysen dar, welche im abschließenden Kapitel gegenübergestellt werden.

Bei der Auswahl seiner Untersuchungsfälle konzentriert sich Kink auf die US-amerikanische Außenpolitik, die seiner Meinung nach ausreichendes Material an Präventivkriegsdiskursen bereithält. So wählt er zum einen die frühe Phase des Kalten Krieges aus, als das nukleare Monopol der USA gegenüber der Sowjetunion zunehmend in Gefahr geriet und sich im amerikanischen Diskurs phasenweise Überlegungen manifestierten, dieser Entwicklung durch einen Präventivkrieg entgegenzuwirken. Dem stellt er den sicherheitspolitischen Diskurs im Vorfeld des Irakkrieges gegenüber. Die hier verwendete Rhetorik sollte den Krieg argumentativ vorbereiten und innerhalb der Bevölkerung legitimieren. Kink erhebt mit der Wahl eines Vergleichs gegenüber bereits existierenden Einzelfallstudien den expliziten Anspruch eines größeren

Verallgemeinerungspotenzials. So biete die vorliegende Gegenüberstellung die Möglichkeit zwei Diskurse miteinander zu vergleichen, die beide zunächst ein existenzielles Bedrohungsszenario konstruierten, schließlich aber sehr verschiedene Strategien der jeweiligen Regierung nach sich zogen.

Um seine Betrachtungsweise an die bereits in der Sicherheitsforschung gängige Praxis der poststrukturalistischen Analyse von Diskursen anzubinden, greift Kink die dort mittlerweile prägende Theorie der *Securitization* auf und entnimmt dieser sein konstruktivistisches Verständnis von Sicherheit. Dieses ist in Kinks theoretischer Konstruktion von tragender Bedeutung, da er den Präventivkrieg als eine extreme Form von Sicherheitspolitik charakterisiert. So baue der in seiner Theorie zentrale *Präventionssprechakt* auf den aus der kritischen Sicherheitsforschung bekannten *Sicherheitssprechakt* auf. Der Präventionssprechakt repräsentiere die Logik der Prävention im Diskurs und sei im Kern eine Legitimierungsstrategie für den Einsatz von außergewöhnlichen Maßnahmen.

Da sich der Autor nicht damit zufrieden geben will, nachvollziehbar zu erklären, wie Präventionsdiskurse aufgebaut sind und welchen Mustern sie folgen, sondern darüber hinausgehend auch eine mögliche Erklärung für die unterschiedlichen Ausgänge beider exemplarisch vorgebrachten Diskurse liefern möchte, führt er zusätzlich die Dimension des *Risikos* ein. Weil sich präventive Maßnahmen auf Ereignisse in der Zukunft beziehen, so der Autor, unterliegen sie auch stets einem jeweils zu bestimmenden Risiko. Dieses Risiko würden die Akteure mit ins Kalkül ziehen und es mit dem vorliegenden Bedrohungsszenario abgleichen. Das Verhältnis zwischen dem Status quo und dem Referenzpunkt würde demnach die Entscheidung beeinflussen, ob es zu einem Präventivkrieg kommt oder nicht. Um diese Dimension theoretisch zu fundieren und um sie um einen handlungstheoretischen Betrachtungswinkel zu erweitern, bedient sich Kink der sogenannten *Prospect Theory*. Diese stammt ursprünglich aus den Wirtschaftswissenschaften und ist der Versuch, Entscheidungen von Akteuren jenseits strikter *Rational-Choice*-Annahmen zu modellieren. Da der Mensch kein

reiner *homo oeconomicus* ist, sondern seine Entscheidungen immer auch eingeschränkten Rationalitäten unterliegen, wird hier die psychologische Dimension von Entscheidungen in den Blick gerückt. So betont Kink auf Basis dieser Theorie, dass Akteure ihre Entscheidung für oder gegen das Eingehen von Risiken davon abhängig machen, ob die daraus folgende Handlung dazu dient, einen Gewinn zu erzielen oder einen Verlust vermeiden bzw. ausgleichen soll. Im ersten Fall würde die Wahrscheinlichkeit steigen, dass sich die Akteure eher risikoscheu verhalten, im zweiten Fall sei die Chance für ein riskantes Verhalten ungleich größer. Dass die Verwendung der *Prospect Theory* im Kontext einer sozialkonstruktivistischen Arbeit aus mehreren Gründen problematisch und daher eigentlich unüblich ist, reflektiert Kink recht ausführlich. Ihm gelingt es die *Prospect Theory* in mehrfacher Hinsicht theoretisch zu modifizieren. So verlagert er beispielsweise den Risikobegriff von der psychologischen in die soziologische Dimension und macht somit eine fruchtbare Verknüpfung mit dem Präventions-sprechakt möglich.

Die beiden Diskursanalysen liefern zunächst die Erkenntnis, dass es zwischen beiden Fällen große Schnittmengen gibt. So laufen die Konstruktionen der jeweils eigenen Identität und die Konstruktionen des Feindes nach ähnlichen diskursiven Mustern ab und skizzieren somit eine durchaus vergleichbare antagonistische Konfliktsituation. Auch wenn sich diese Muster im Detail teilweise unterscheiden, führen sie nach Meinung des Autors zusammen mit der jeweiligen Konstruktion der unmittelbaren Bedrohungssituation dazu, dass eine Logik der Prävention in beiden Diskursen reproduziert wird. Da der Präventivkrieg aber nur in einem der beiden Fälle tatsächlich geführt wurde, dient die weitere Diskursanalyse dazu, narrative Muster hervorzuheben, die nur in einem der Fälle zu beobachten waren. Hier betont Kink beispielsweise mehrfach das so genannte *War on Terror* Meta-Narrativ, welches nahezu den gesamten Präventivdiskurs im Vorfeld des Irakkrieges geprägt habe. Die Kausallogiken und Interpretation über die Beschaffenheit der Welt, welche in diesem Narrativ verankert gewesen seien, hätten den Diskurs entscheidend

strukturiert und vor allem stabilisiert. Ein derart dominantes Narrativ habe das Aufkommen von alternativen Deutungsmustern nicht zugelassen. So sei die bereits angesprochene Reproduktion der Präventionslogik im Fall des Irakkrieges durchgängig erfolgt, während dies in den Diskursen unter den Präsidenten Truman und Eisenhower nur gelegentlich und teilweise unvollständig der Fall war. In der Konsequenz habe der Diskurs im Vorfeld des Irakkrieges den Präventivkrieg als einzige Handlungsoption herausgestellt und somit ermöglicht. Das nicht für vertretbar gehaltene Risiko eines nuklearen Krieges mit der Sowjetunion habe hingegen stets alternative Handlungsoptionen (die *Containment*-Strategie unter Präsident Truman und die *Massive Retaliation* unter Präsident Eisenhower) als plausibel im Diskurs erhalten und diese am Ende auch ermöglicht.

Die Stärke der Arbeit liegt zweifelsfrei in ihrem umfangreichen und gut durchdachten theoretischen Teil. Kink gelingt es, eine theoretische Anbindung an die kritische Sicherheitsforschung herzustellen und durch die unkonventionelle Ergänzung seiner poststrukturalistischen Analyse mit der *Prospect Theory* einen theoretischen Mehrwert zu generieren. Das durch diese Verknüpfung entstehende theoretische Konstrukt ermöglicht einige aufschlussreiche Einblicke in die Funktionslogiken von Präventivdiskursen. Die Arbeit leistet daher einen wegweisenden Beitrag für zukünftige poststrukturalistische Ansätze in der Kriegsursachenforschung.

Simon von Dahlen

Paul B. Rich/Isabelle Duyvesteyn (Hrsg.), The Routledge Handbook of Insurgency and Counterinsurgency, London/New York (Routledge), 2012.

Wie lässt sich der derzeitige Forschungsstand zu Insurgency und Counterinsurgency auf knappen Raum darstellen und welche Herausforderungen prägen die Zukunft dieses Forschungszweigs? Diese zentralen Fragen leiten das im Januar 2012 erschienene *Routledge Handbook of Insurgency and Counterinsurgency* an. Der inzwischen mehrheitlich gebrauchte englische Begriff *insurgency* bezeichnet den organisierten *Aufstand* gegen eine bestehende Befehlsgewalt, zumeist die

Regierung eines Staates, die durch dessen gewaltsame Bekämpfung geschwächt werden soll. Die Bekämpfung der Aufständischen durch die Staatsgewalt wird dementsprechend als *Aufstandsbekämpfung* (*counterinsurgency*) bezeichnet.

Die wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Forschungsfeld sind allerdings sehr disparat. Bis 2003 befasste sich die Wissenschaft nur punktuell mit dem Thema, sodass keine breit gefächerten Publikationen vorliegen. Seit dem Beginn des Irakkriegs lässt sich allerdings ein neuerliches Interesse an dem Gegenstand ausmachen, in jüngster Zeit sind zahlreiche Publikationen zu *Insurgency* und *Counterinsurgency* zu verzeichnen. Dieser Trend bildet nicht zuletzt reale Entwicklungen ab: Im 21. Jahrhundert dominieren innerstaatliche Konflikte das Kriegsgeschehen und indirekte Kriegsstrategien stehen dadurch im Vordergrund.

Der Anspruch des Bandes beschränkt sich explizit auf die Darstellung des derzeit vorhandenen Materials sowie darauf, als Einführung in und Wegweiser durch dieses oftmals von kontroversen Debatten durchzogene Themengebiet zu dienen – sowohl für Einsteiger als auch für sachkundige Experten. Auch für Studierende, die sich mit sogenannten *Kleinen Kriegen*, Terrorismus oder Strategie- und Sicherheitsstudien beschäftigen, kann das Buch von Nutzen sein. Neues Forschungsmaterial will es ausdrücklich nicht bereitstellen.

Der Sammelband ist in drei Abschnitte gegliedert: Eingeleitet wird das Buch durch eine Reihe von Essays zu den theoretisch-analytischen Debatten. Dieser erste Teil beinhaltet eine Histographie der *Insurgency* (Kapitel 2), ein Plädoyer für die Überarbeitung des *Insurgency*-Konzepts (Kapitel 3), Aufsätze über die unterschiedlichen Ausprägungen von *Insurgency* (Kapitel 4, 5, 8) sowie eine Reihe von Kapiteln, welche die Aufstandsbekämpfung (*counterinsurgency*) thematisieren (Kapitel 6–11). Der zweite Abschnitt des Buches stellt regionale Fallbeispiele von *Insurgency* vor. Acht Kapitel beschäftigen sich mit unterschiedlichen *Insurgencies* in allen Teilen der Welt (Kapitel 12–19). Im letzten Abschnitt werden Fälle von Aufstandsbekämpfung in unterschiedlichen Regionen der Welt analysiert (Kapitel 20–28).

Ziel des Bandes ist es, zum einen den gegenwärtigen Forschungsstand sowie die zentralen und mehrheitlich akzeptierten Positionen darzustellen und zum anderen Streitpunkte und offene Fragen in der Forschung zu identifizieren. Dies gelingt zweifellos. Das Buch bietet einen exzellenten Einblick in das Themenfeld und belegt im zweiten und dritten Teil mit zahlreichen, zumeist länderfokussierten Studien die Vielfalt von *Insurgencies* und die hieraus resultierenden komplexen Herausforderungen. William Renos Beitrag beispielsweise zeigt sehr aufschlussreichen den Wandel sowie den gegenwärtigen Charakter der afrikanischen *Insurgencies*. David E. Spencer beschäftigt sich mit (*Counter*-)*Insurgency* in Lateinamerika. Instruktiv ist die Darstellung von Hiszollah und Hamas (Judith Palmer Harik und Margret Johannsen), weil hier auch die Unterschiede zwischen beiden, oft in einem Atemzug genannten Gruppen und ihren Strategien deutlich werden. Der Beitrag wird durch Sergio Catignanis Aufsatz zur israelischen *Counterinsurgency* ergänzt, sodass ein umfassendes Bild dieser Seite des israelisch-palästinensischen Konflikts entsteht. Des Weiteren wird Indien intensiv bearbeitet; sowohl aus der *Insurgency*- (Namrata Goswami) als auch der *Counterinsurgency*-Perspektive (David P. Fidler und Sumit Ganguly). Besonders nützlich sind die einzelnen Kapitel aufgrund ihrer klaren Aussagen, der komprimierten Nachzeichnung von Ursprüngen und Entwicklungen bestimmter (*Counter*-)*Insurgencies*, dem Herausarbeiten von Charakteristiken der Konflikte und der beispielhaften Darstellung sowie schlüssigen Bewertungen der Fallbeispiele. Kritik an bisherigen Forschungen und bestehende Mängel werden deutlich, zugleich kommen Herausforderungen zur Sprache. Westliche, vor allem angelsächsische Beiträge, überwiegen, doch finden sich auch Texte nicht-westlicher Autoren.

Die Herausgeber ziehen am Ende des Bandes eine prägnante Schlussfolgerung, nämlich dass Versuche der Konzeptualisierung des Forschungsgegenstands *Insurgency* bislang zu keinem einheitlichen Ergebnis geführt haben. Vielmehr wird gegenwärtig über dessen Charakter *Taktik* oder *Strategie* debattiert. Das Buch wird dem Anspruch, diese wissenschaftliche

Auseinandersetzung zu präsentieren, gerecht: So versteht Geraint Hughes (Kapitel 9) *Counterinsurgency* als *Taktik*, während Steven Metz (Kapitel 3) (*Counter*-)*Insurgency* als *Strategie* definiert. Eine weitere Auseinandersetzung wird im Band offengelegt, nämlich jene um den *Hearts-and-minds*-Ansatz in der *Counterinsurgency*. Dieser strebt an, die Unterstützung der Bevölkerung des betroffenen Landes zu gewinnen und gilt aus diesem Grunde mehrheitlich als wünschenswert. Im Gegensatz hierzu lassen sich in der Wirklichkeit allerdings überwiegend Fälle aufzeigen, in denen erfolgreiche (*Counter*-)*Insurgencies* mittels Gewalt- und Zwangsmaßnahmen gelangen, was sich in der Folge aber negativ auf die Zivilbevölkerung ausgewirkt hat. Auch über die Ethik von Aufstandsbekämpfung muss in diesem Zusammenhang gesprochen werden (Coker, Kapitel 10). Eine einheitliche Position in der Wissenschaft hinsichtlich der „richtigen Implementierung“ von Aufstandsbekämpfung – militärische Bekämpfung als Grundlage für politische Lösungen (*enemy-centric operation*) oder aber ein von Beginn an *population-centric approach* – ist derzeit nicht zu erwarten. Weitere Mängel in der und Herausforderungen für die Forschung bestehen darin, dass noch immer die Bedeutung der Polizei bei der Aufstandsbekämpfung nicht ausreichend beachtet wird (Hills, Kapitel 8), keine Klarheit bei der Abgrenzung von Begriffen wie Aufstandsbekämpfung und Friedenssicherung (Zaalberg, Kapitel 7) besteht und neben den zahlreichen konzeptionellen Fragen auch inhaltliche Unstimmigkeiten vorliegen. So ist in den vielen Fallbeispielen kein Konsens darüber festzustellen, was die Agenda, die Intentionen und spezifischen Zielsetzungen der Aufständischen ausmacht. Auch ist zu den Auswirkungen neuer Kommunikationstechnologien und Globalisierungsimpulse auf *Insurgency* und *Counterinsurgency* bislang nur wenig erschienen. Insbesondere der Mangel an nicht-westlichen wissenschaftlichen Beiträgen zum Thema wiegt schwer; hier liegt eine entscheidende Herausforderung für die Zukunft. Durch den expliziten Verzicht auf ein harmonisches Bild der *Insurgency*-Forschung durch die Herausgeber wird der Band seinen Anforderungen gerecht.

Carina Schlüsing